

SATZUNG

zum Bebauungsplan Nr. 092 - Feldkirchen „Auf der Höh“
1. vereinfachte Änderung

Aufgrund des § 244 Abs. 2 des Baugesetzbuches vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) i.V.m. den §§ 2, 4 Abs. 1, 8 Abs. 2, 9 Abs. 4 und § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 27.08.1997 (BGBl. I S. 2141 ff.) in der vor dem 20.07.2004 geltenden Fassung, den Bestimmungen der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung - BauNVO) vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132) in der derzeit geltenden Fassung sowie der Planzeichenverordnung vom 18.12.1990 (BGBl. I S. 58), des § 98 der Landesbauordnung für Rheinland-Pfalz (LBAuO) vom 24.11.1998 (GVBl. S. 365) in der derzeit geltenden Fassung, des § 17 des Landespflegegesetzes (LPG) vom 05.02.1979 (GVBl. S. 36) in der derzeit geltenden Fassung und des § 24 der Gemeindeordnung des Landes Rheinland-Pfalz (GemO) vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153) in der derzeit geltenden Fassung hat der Stadtrat am die 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 092 (Änderung und Erweiterung der Planzeichnung) als Satzung beschlossen.

Textliche Festsetzungen

zum Bebauungsplan - Nr. 092 - Feldkirchen „Auf der Höh“

A) Festsetzung gem. § 9 Bundesbaugesetz (BBauG)

- 1. Im reinen Wohngebiet (WR) sind in Verbindung mit § 1 Abs. 6 BauNVO die Ausnahmen gem. § 3 Abs. 3 BauNVO unzulässig.
2. Gem. § 3 Abs. 4 BauNVO wird festgesetzt, daß in dem Gebiet nur Wohngebäude mit nicht mehr als 2 Wohnungen (max. 2 W) zulässig sind.
3. Im allgemeinen Wohngebiet (WA) sind in Verbindung mit § 1 Abs. 6 die Ausnahmen gem. § 4 Abs. 3 Ziff. 2-5 BauNVO unzulässig.

Nicht überbaubare Grundstücksflächen

- 4. Innerhalb der Vorgartenflächen (Bereich zwischen Baugrenze und öffentlicher Verkehrsfläche) sind Nebenanlagen und bauliche Anlagen i.S. des § 14 Abs. 1 und § 23 Abs. 5 BauNVO unzulässig, soweit sie gem. § 91 LBAuO genehmigungspflichtig sind. In den seitlichen Bauwischen als Ausnahme Garagen, überdachte Stellplätze und Stellplätze zugelassen werden, wenn die Vorschriften gem. § 17 Abs. 7 LBAuO eingehalten werden.

Als weitere Ausnahme kann unmittelbar neben einer notwendigen Garagenzufahrt ein Kraftfahrzeugstellplatz bis zu einer max. Breite von 2,50 m zugelassen werden.

- 5. Auf den sonstigen nicht überbaubaren Flächen sind Nebenanlagen und bauliche Anlagen i.S. des § 14 Abs. 1 und § 23 Abs. 5 BauNVO unzulässig, soweit sie gem. § 91 LBAuO genehmigungspflichtig sind. In den seitlichen Bauwischen als Ausnahme Garagen, überdachte Stellplätze und Stellplätze zugelassen werden, wenn die Vorschriften gem. § 17 Abs. 7 LBAuO eingehalten werden.

- 6. In den Vorgartenflächen der bergseitigen Grundstücke können Garagen als Ausnahme zugelassen werden, wenn ein Mindeststauraum von 5,0 m eingehalten wird.

- 7. Private Grundstückszufahrten zu Garagen oder Stellplätzen sind in den Vorgartenbereichen je Baugrundstück insgesamt nur bis 5,50 m Breite zulässig.

- 8. Zwischen Garagen und öffentlicher Verkehrsfläche ist ein Stauraum von mind. 5,0 m einzuhalten. Für die bergseitigen Grundstücke kann eine Reduzierung des Stauraumes bis auf 3,0 m dann als Ausnahme zugelassen werden, wenn die topographischen Gegebenheiten dies erfordern und die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs gewährleistet ist.

Höhenfestsetzung der baulichen Anlagen

- 9. Bei ebenem und teilweise hängigem Gelände ist die Oberkante des Erdgeschossfußbodens der baulichen Anlagen max. 0,50 m über der angrenzenden öffentlichen Verkehrsfläche im Bereich des Einganges zulässig.

Ausnahmen sind nur bei bergseitig hängigem Gelände zulässig, wenn die Oberkante des fertigen Sockelgeschossfußbodens max. 0,30 m (talseitig gemessen) über dem bestehenden natürlichen Gelände angelegt wird.

- 10. Kellergaragen sind nur als Ausnahme zulässig, wenn die Neigung der Fahrtsrampe weniger als 15% beträgt und zwischen öffentlicher Verkehrsfläche und Rampe eine waagerechte Stauraumlänge von 5,0 m vorhanden ist.

B) Festsetzung gem. § 123 Landesbauordnung (LBAuO) Gebäude

- 1. Im Plangebiet sind nur Sattel- und gegeneinander versetzte Pultdächer in gleichgeneigt und gleichschenkliger Form entsprechend der zeichnerischen Festsetzung im Bebauungsplan zulässig. Für Eckgrundstücke können ausnahmsweise auch Walmdächer zugelassen werden, wenn die festgesetzte Firstrichtung beibehalten wird. Die zulässige Dachneigung und Firstrichtung ist verbindlich festgesetzt. Für Garagen bzw. überdachte Stellplätze sind ausnahmsweise auch Flachdächer zulässig.

- 2. Die festgesetzte Traufhöhenbegrenzung bezieht sich auf das Maß zwischen der mittleren natürlichen Geländelinie/Hauswand und Unterseite Traufe.

- 3. Bei gegeneinander versetzten Pultdächern ist zwischen hoch- und tiefliegendem First ein Abstand von höchstens 1,25 m einzuhalten.

- 4. Eine Überschreitung der festgesetzten Baugrenzen durch Dachüberstände bis max. 0,90 m kann als Ausnahme zugelassen werden.

- 5. Die Außenwandfläche der Garagen sind mit einer dauerhaften Beschichtung in heller putzähnlicher Struktur zu gestalten.

- 6. Drempele sind bei mehrgeschossigen Gebäuden unzulässig. Sofern sie bei Ausführung eines Sparrendaches konstruktiv notwendig sind, kann max. 30 cm Drempele Höhe als Ausnahme zugelassen werden.

- 7. Soweit eingeschossige Gebäude mit ausgebautem Dachgeschoß errichtet werden, sind Drempele bis max. 0,75 m Höhe zulässig. Als Maß ist der Schnittpunkt Wandaußenfläche - Dachhaut - OK Dachgeschoßfertigfußboden anzulegen.

- 8. Bandartige Dachaufbauten (Gauben) sind nur bis max. 1/3 der Traufhöhe bzw. einer Gesamtlänge von 4,0 m zulässig. Von den seitlichen Giebelflächen ist ein Abstand von mind. 2,0 m einzuhalten. Die senkrechte Gaubenhöhe darf 1,30 m nicht übersteigen. Bei der Anordnung von Einzelgauben ist zwischen den Gauben ein Mindestabstand von 1,5 m einzuhalten. Die Außenverkleidung ist dem Farbton der Dachfläche anzuschließen. Schleppegauben und sonstige Dacheinbindungen sind mind. 1,0 m (senkrecht gemessen) unterhalb des Firstes der Hauptdachfläche anzuschließen. Der Dachüberstand und die Dachrinne dürfen nicht unterbrochen werden.

- 9. Dacheinschnitte sind nur bis max. 1/3 Traufhöhe, jedoch höchstens bis 4,0 m Einzellänge, zulässig. Der Abstand von den seitlichen Giebelflächen muß mind. 1,0 m betragen.

- 10. Zwerchhäuser können als Ausnahme zugelassen werden, wenn die Gesamtbreite nicht mehr als 1/3 der Traufhöhe, höchstens jedoch 4,0 m, beträgt und die Dachneigung den Festsetzungen des Hauptdaches entspricht. Der eingeschobene First muß mind. 1,0 m unterhalb der Hauptfirstrinie anschließen.

- 11. Für die Dacheindeckung der Gebäude sind nur dunkle erdfarbene Materialien (Dachziegel, Schiefer o.ä.) und für Flachdächer nur blendungsfreies Material zu verwenden.

- 12. Werbeanlagen sind nur als Hinweis auf eine auf dem Grundstück angebotene Leistung zulässig. Sie dürfen eine Gesamtlänge von 0,5 m nicht übersteigen.

Einfriedigungen - Geländeanordnungen

- 13. Die Grundstückseinfriedigungen entlang der Straßenbegrenzungslinie und der Begrenzungslinie der Freizeitzone im Wendebereich sowie in den Vorgärten sind als naturbelassene Holzzäune in transparenter Form bzw. als lebende winterharte Hecken auszuführen. Die Höhe dieser Einfriedigung darf 1,0 m nicht übersteigen. Zur öffentlichen Verkehrsfläche ist sie durch Kainstein max. 0,25 m hoch abzugrenzen. Die westlich angrenzenden Grundstücke können durch Naturstein- oder Betonmauern mit natursteinähnlicher Verblendung bis max. 1,25 m Höhe eingefriedet werden.

- 14. Diese Einfriedigungen sind so anzulegen, daß die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs nicht beeinträchtigt wird.

- 15. An den übrigen Grenzen sind naturbelassene Holzspriegel- oder -latenzäune und kunststoffüberzogene Maschendrahtzäune bis 1,50 m Höhe sowie lebende Hecken zulässig.

- 16. Abtragungen der vorhandenen natürlichen Geländeoberfläche sind beim Gebäudeanschluß nur zulässig, soweit sie gem. § 19 LBAuO für den Belichtungsbereich erforderlich sind.

- 17. Anschüttungen sind nur für Terrassen oder Gartenterrassierungen bis höchstens 1,0 m über der vorhandenen natürlichen Geländeoberfläche zulässig, wenn der Übergang im Grenzbereich zu den benachbarten Grundstücken durch Böschungen mit einem Neigungswinkel im Verhältnis 1 : 3 oder flacher ausgeführt werden.

C) Festsetzung zur Grünflächengestaltung gem. § 123 Abs. 5 LBAuO und § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB, jeweils in Verbindung mit § 17 Landespflegegesetz

- 1. Im Plangebiet sind die Vorgartenflächen zwischen Straße und den geplanten bzw. vorhandenen Gebäuden mit Ausnahme der zulässigen Grundstückszufahrten und Stellplätze landschaftsgärtnerisch mit Rasenflächen, lockeren Stauden- und Buschgruppen sowie Bäumen zu gestalten und zu unterhalten. Es wird empfohlen, die unter Ziff. C 3 aufgeführten Pflanzarten bevorzugt zu verwenden. Dabei soll der Anteil der Nadelgehölze max. nur 25 v. H. betragen.

- 2. Die übrigen nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind als Hausgärten oder landschaftsgärtnerisch anzulegen und zu unterhalten. Sie sind durch Einzelbäume, Baumgruppen und Sträucher zu gliedern. Es wird empfohlen, die unter Ziff. C 3 aufgeführten Pflanzarten bevorzugt zu verwenden. Dabei soll der Anteil der Nadelgehölze max. nur 25 v. H. betragen.

- 3. Es wird empfohlen, die nachstehend aufgeführten Pflanzarten sowie alle standortgerechten Obstbaumarten bevorzugt zu verwenden.

Bäume

Table with 2 columns: Tree species (e.g., Quercus rubra, Quercus robur) and their common names (e.g., Roteiche, Stieleiche).

Nadelgehölzer

Table with 2 columns: Conifer species (e.g., Larix decidua, Pseudotsuga douglasie) and their common names (e.g., Lärche, Douglasie).

Sträucher

Table with 2 columns: Shrub species (e.g., Euonymus europaea, Cornus sanguinea) and their common names (e.g., Pfaffenhütchen, Roter Hartriegel).

- 4. Neben der vorstehend empfohlenen Leitpflanzung können auch alle weiteren heimischen und bodenständigen Baum- und Sträucharten mit Ausnahme der „feuerbrandgefährdeten“ zugelassen werden.

- 5. Für die Sicherheit des öffentlichen Verkehrs sind im Bereich der ausgewiesenen bzw. erforderlichen Sichtdreiecke nur Pflanzungen bis max. 1,0 m über angrenzender Verkehrsfläche zulässig.

- 6. Hinweis Für das ausgewiesene Baugebiet ist im bauordnungsrechtlichen Genehmigungsverfahren der Nachweis einer sachgerechten Grünflächengestaltung zu erbringen.

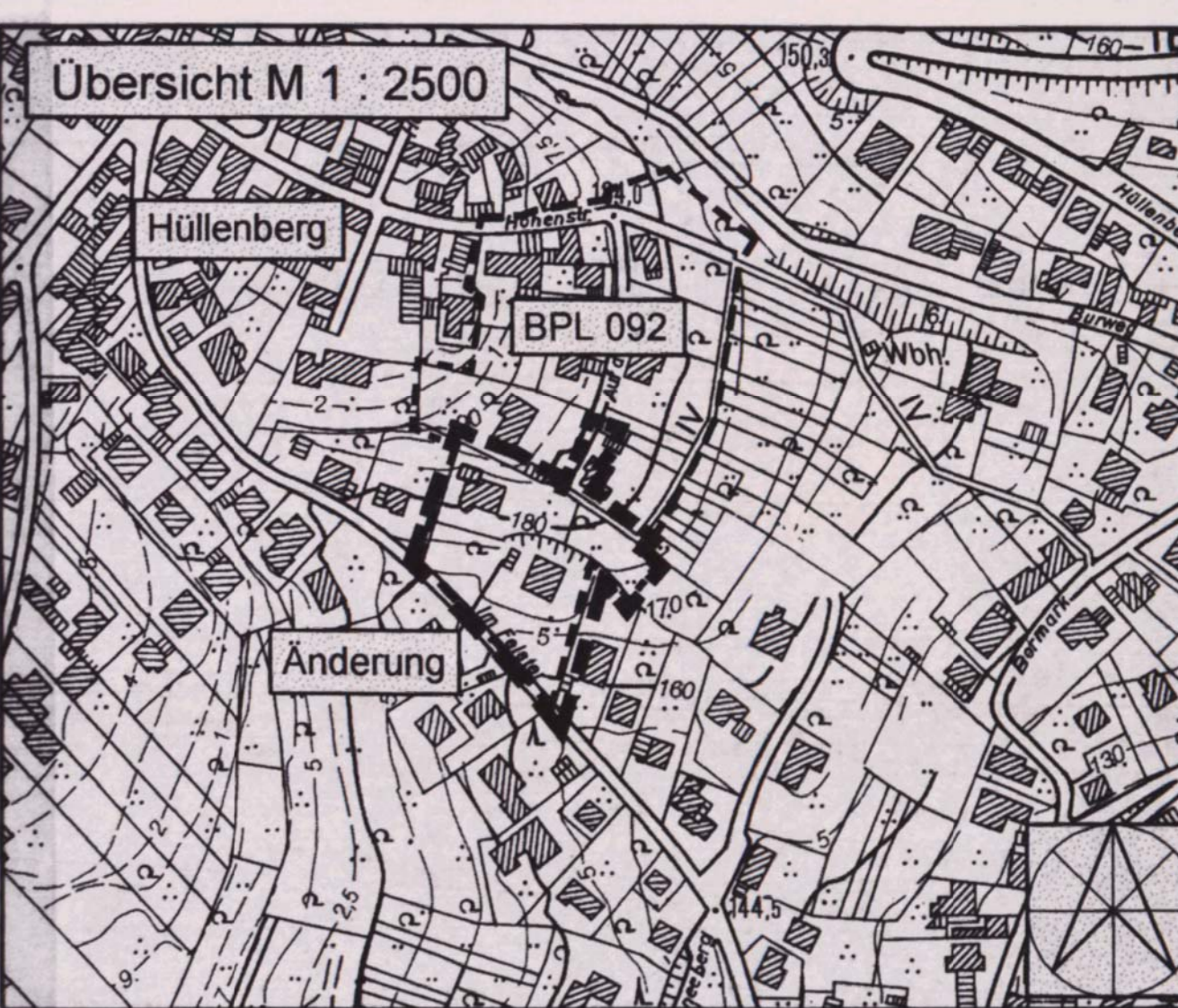
D) Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig den Bestimmungen nach den Abschnitten A bis C zuwider handelt oder Auflagen aufgrund einer auf dieser Satzung beruhenden Genehmigung nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erfüllt.

Die Ordnungswidrigkeit kann gem. § 24 Abs. 5 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz mit einer Geldbuße bis zu 5.000,- Euro geahndet werden.



Zeichenerklärung (Legend) defining symbols for building types (WR, WA), green spaces (II(EG+SG)), and other planning elements. It includes a table for building types and their characteristics.



Plangrundlage Die Darstellung der Grundstücke mit ihren Grenzen und Bezeichnungen in der Planunterlagen stimmt mit dem Liegenschaftskataster nach dem Stand vom 1.7.2005 überein. Neuwied, den 04.08.2005

Änderungsbeschluss Der Beschluss zur vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 092 gem. § 13 und § 2 Abs. 4 BauGB vom 27.08.1997 (BGBl. I S. 2141 ff.) wurde vom Rat der Stadt Neuwied am 14.06.2005 getroffen. Der Inhalt des Änderungsverfahrens wurde gem. § 244 Abs. 2 BauGB vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) i.V.m. § 2 BauGB vom 27.08.1997 in der vor dem 20.07.2004 geltenden Fassung durch den Beschluss des Stadtrates vom 21.04.2005 geändert und erweitert. Neuwied, den 10.10.2005

Verfahrensvermerke

Offenlegung Dieser Änderungsplan hat gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vom 27.08.1997 (BGBl. I S. 2141 ff.) erstmals in der Zeit vom 16.02.2004 bis 19.03.2004 öffentlich ausgelegt. Die erneute, eingeschränkte Offenlegung der 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 092 ist in der Zeit vom 10.10.2005 bis 17.11.2005 erfolgt. Neuwied, den 10.10.2005

Satzungsbeschluss Die 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 092 ist gem. § 244 Abs. 2 BauGB vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) i.V.m. § 10 BauGB vom 27.08.1997 (BGBl. I S. 2141 ff.) in der vor dem 20.07.2004 geltenden Fassung vom Rat der Stadt Neuwied am 06.10.2005 als Satzung beschlossen worden. Neuwied, den 10.10.2005

Bekanntmachung Die öffentliche Bekanntmachung der als Satzung beschlossenen Bebauungsplanänderung gem. § 244 Abs. 2 BauGB vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) i.V.m. § 10 Abs. 3 BauGB vom 27.08.1997 (BGBl. I S. 2141 ff.) in der vor dem 20.07.2004 geltenden Fassung ist am 18.10.2005 erfolgt. Neuwied, den 07.10.2005

Ausfertigung Die Satzung (Planzeichnung und Text) mit Begründung wird hiermit ausgeteilt. Neuwied, den 10.10.2005

Stadtverwaltung Neuwied, Stadtbauamt, Planungsabteilung. Bebauungsplan Nr. 092 A 'Auf der Höh' - vereinfachte Änderung. Table with columns for Name and Datum, listing staff members and dates.